

17.10.2024

**Desinformation ist nicht das Problem.
Es ist die Vertuschung und Zensur
durch die Regierung**

Translated with www.DEEPL.com

„Was es einer totalitären oder einer anderen Diktatur ermöglicht zu herrschen, ist, dass die Menschen nicht informiert sind; wie kann man eine Meinung haben, wenn man nicht informiert ist?

Wenn jeder einen immer anlügt, dann glaubt man den Lügen nicht, sondern niemand glaubt mehr irgendetwas...

Und ein Volk, das nichts mehr glauben kann, kann sich nicht mehr entscheiden. Es ist nicht nur seiner Handlungsfähigkeit beraubt, sondern auch seiner Fähigkeit zu denken und zu urteilen. Und mit einem solchen Volk kann man dann machen, was man will.“

Hannah Arendt

10/14, 2024

**Disinformation is not the problem.
It is the government's cover-up and
censorship.**

John & Nisha Whitehead

“What makes it possible for a totalitarian or any other dictatorship to rule is that people are not informed; how can you have an opinion if you are not informed?

If everybody always lies to you, the consequence is not that you believe the lies, but rather that nobody believes anything any longer...

And a people that no longer can believe anything cannot make up its mind. It is deprived not only of its capacity to act but also of its capacity to think and to judge. And with such a people you can then do what you please.”

Hanndah Arendt

So ein Volk ist nicht nur seiner Handlungsfähigkeit beraubt, sondern auch seiner Fähigkeit zu denken und zu urteilen.
Such a people who is deprived not only of its capacity to act but also of its capacity to think and to judge.

Ein perfektes Beispiel für die Mentalität des 'Nanny-Staates' bei der Arbeit: Hillary Clinton besteht darauf, dass die Mächtigen „totale Kontrolle“ brauchen, um das Internet zu einem sichereren Ort für die Nutzer zu machen und uns vor Schaden zu bewahren.

Clinton ist nicht die Einzige, die eine unregulierte, freie Meinungsäußerung im Internet ablehnt.

Ein parteiübergreifender Chor, dem auch die Präsidentschaftskandidaten Kamala Harris und Donald Trump angehören, fordert seit langem, Abschnitt 230 des Communications Decency Act, der im Wesentlichen als Bollwerk gegen Online-Zensur fungiert, abzuschwächen oder ganz abzuschaffen.

Es handelt sich um eine komplizierte Rechtsfrage, die Debatten über Immunität, Haftung,

In a perfect example of the Nanny State mindset at work, Hillary Clinton insists that the powers-that-be need „total control“ in order to make the internet a safer place for users and protect us from harm.

Clinton is not alone in her distaste for unregulated, free speech online.

A bipartisan chorus that includes both presidential candidates Kamala Harris and Donald Trump has long clamored to weaken or do away with Section 230 of the Communications Decency Act, which essentially acts as a bulwark against online censorship.

It's a complicated legal issue that involves debates over immunity, liability, net neutrality and whether

Netzneutralität und die Frage, ob Internetseiten Verlage mit redaktioneller Verantwortung für die auf ihren Seiten veröffentlichten Inhalte sind oder nicht, beinhaltet. Letztendlich geht es jedoch um das Tauziehen darüber, wo die Zensur (durch Unternehmen und Regierung) beginnt und die Redefreiheit endet.

Wie Elizabeth Nolan Brown für *Reason* schreibt

„Sowohl die rechten als auch die linken Angriffe auf die Bestimmung haben gemeinsam, dass sie bereit sind, alle möglichen Vorwände zu nutzen – Rettung von Kindern, Beendigung von Voreingenommenheit, Verhinderung von Terrorismus, Frauenfeindlichkeit und religiöser Intoleranz –, um eine zentralere Kontrolle der Online-Rede zu gewährleisten. Sie mögen dies in parteiischen Begriffen ausdrücken, die bei ihren jeweiligen Anhängern gut ankommen, aber ihr Ziel ist im Wesentlichen dasselbe.“

Mit anderen Worten: Die Regierung wird jede Ausrede nutzen, um abweichende Meinungen zu unterdrücken und die Berichterstattung zu kontrollieren.

Das Internet könnte durchaus die letzte Grenze sein, an der die Redefreiheit noch gedeiht, insbesondere für politisch inkorrekte Äußerungen und Desinformation, die die Grenzen unseres sogenannten egalitären Engagements für die aufgeschlossenen Prinzipien des Ersten Verfassungszusatzes auf die Probe stellen.

Im Internet gibt es Unwahrheiten und Lügen im Überfluss, Fehlleitungen und Fehlinformationen dominieren, und Verschwörungstheorien verbreiten sich wie ein Lauffeuer.

Dies ist zu erwarten, und die Antwort sollte mehr Rede sein, nicht weniger.

Wie Richter Brandeis vor fast einem Jahrhundert schrieb:

„Wenn es Zeit gibt, durch Diskussion die Unwahrheiten und Irrtümer aufzudecken, um das Böse durch Bildungsprozesse abzuwenden, dann ist das anzuwendende Mittel mehr Rede, nicht erzwungenes Schweigen.“

Für die Regierung stehen diese Formen der „Desinformation“ jedoch auf einer Stufe mit

or not internet sites are publishers with editorial responsibility for the content posted to their sites, but really, it comes down to the tug-of-war over where censorship (corporate and government) begins and free speech ends.

As Elizabeth Nolan Brown writes for *Reason*:

„What both the right and left attacks on the provision share is a willingness to use whatever excuses resonate—saving children, stopping bias, preventing terrorism, misogyny, and religious intolerance – to ensure more centralized control of online speech. They may couch these in partisan terms that play well with their respective bases, but their aim is essentially the same.“

In other words, the government will use any excuse to suppress dissent and control the narrative.

The internet may well be the final frontier where free speech still flourishes, especially for politically incorrect speech and disinformation, which test the limits of our so-called egalitarian commitment to the First Amendment’s broad-minded principles.

On the internet, falsehoods and lies abound, misdirection and misinformation dominate, and conspiracy theories go viral.

This is to be expected, and the response should be more speech, not less.

As Judge Brandeis wrote nearly a century ago:

“If there be time to expose through discussion, the falsehoods and fallacies, to avert the evil by the processes of education, the remedy to be applied is more speech, not enforced silence.”

Yet to the government, these forms of “disinformation” rank right up there with terrorism,

Terrorismus, Drogen, Gewalt und Krankheiten: gesellschaftliche Übel, die so bedrohlich sind, dass „wir, das Volk“, bereit sein sollten, ein wenig von unseren Freiheiten zugunsten der nationalen Sicherheit aufzugeben.

Natürlich funktioniert das nie so.

Der Krieg gegen den Terror, der Krieg gegen Drogen, der Krieg gegen illegale Einwanderung, der Krieg gegen COVID-19: All diese Programme begannen als legitime Antworten auf dringende Anliegen, wurden dann aber zu Waffen der Regierung, um sich Gehorsam und Kontrolle zu verschaffen.

Angesichts der autoritären Machtübernahme, Vertuschungen und Verschwörungen der Regierung könnte ein relativ uneingeschränktes Internet unsere einzige Hoffnung sein, den Mächtigen die Wahrheit zu sagen.

Das Recht, die Regierung zu kritisieren und sich gegen Fehlverhalten der Regierung auszusprechen, ist die Quintessenz der Freiheit.

Sie sehen, Desinformation ist nicht das Problem. Vertuschung und Zensur durch die Regierung sind das Problem.

Leider reagiert die Regierung zunehmend intolerant auf Äußerungen, die ihre Macht in Frage stellen, ihre Korruption aufdecken, ihre Lügen entlarven und die Bürger dazu ermutigen, sich gegen die vielen Ungerechtigkeiten der Regierung zu wehren. Jeden Tag werden in diesem Land diejenigen, die es wagen, den Mächtigen die Wahrheit zu sagen, zensiert, zum Schweigen gebracht oder gefeuert.

Während heutzutage alle möglichen Bezeichnungen für sogenannte „inakzeptable“ Äußerungen verwendet werden, ist die eigentliche Botschaft der Machthaber, dass Amerikaner kein Recht haben, sich zu äußern, wenn das, was sie sagen, unpopulär, umstritten oder im Widerspruch zu dem steht, was die Regierung als akzeptabel erachtet.

Das Problem entsteht, wenn man die Macht, zu bestimmen, wer eine potenzielle Gefahr darstellt, in die Hände von Regierungsbehörden, Gerichten und der Polizei legt.

Denken Sie daran, dass es sich um dieselbe Regierung handelt, die die Wörter „regierungsfeindlich“, „extremistisch“ und „terroristisch“ austauschbar verwendet.

Dies ist dieselbe Regierung, deren Agenten ein klebriges Spinnennetz aus Bedrohungsanalysen, verhaltenssensorischen Warnungen, markierten

drugs, violence, and disease: societal evils so threatening that “we the people” should be willing to relinquish a little of our freedoms for the sake of national security.

Of course, it never works out that way.

The war on terror, the war on drugs, the war on illegal immigration, the war on COVID-19: all of these programs started out as legitimate responses to pressing concerns only to become weapons of compliance and control in the government’s hands.

Indeed, in the face of the government’s own authoritarian power-grabs, coverups, and conspiracies, a relatively unfettered internet may be our sole hope of speaking truth to power.

The right to criticize the government and speak out against government wrongdoing is the quintessential freedom.

You see, disinformation isn’t the problem. Government coverups and censorship are the problem.

Unfortunately, the government has become increasingly intolerant of speech that challenges its power, reveals its corruption, exposes its lies, and encourages the citizenry to push back against the government’s many injustices. Every day in this country, those who dare to speak their truth to the powers-that-be find themselves censored, silenced or fired.

While there are all kinds of labels being put on so-called “unacceptable” speech today, the real message being conveyed by those in power is that Americans don’t have a right to express themselves if what they are saying is unpopular, controversial or at odds with what the government determines to be acceptable.

Where the problem arises is when you put the power to determine who is a *potential* anger in the hands of government agencies, the courts and the police.

Remember, this is the same government that uses the words “anti-government,” “extremist” and “terrorist” interchangeably.

This is the same government whose agents are spinning a sticky spider-web of threat assessments, behavioral sensing warnings, flagged “words,” and

„Wörtern“ und Berichten über „verdächtige“ Aktivitäten spinnen, wobei sie automatisierte Augen und Ohren, soziale Medien, verhaltensensorische Software und Bürger als Spione einsetzen, um potenzielle Bedrohungen zu identifizieren.

Dies ist dieselbe Regierung, die den National Defense Authorization Act (NDAA) immer wieder verlängert, das es dem Militär erlaubt, amerikanische Bürger ohne Zugang zu Freunden, Familie oder Gerichten festzuhalten, wenn die Regierung sie als Bedrohung einstuft.

Dies ist dieselbe Regierung, die eine wachsende Liste von Ideologien, Verhaltensweisen, Zugehörigkeiten und anderen Merkmalen hat – die mit Fusion Centers und Strafverfolgungsbehörden geteilt wird –, die jemanden als verdächtig kennzeichnen und dazu führen könnten, dass er als *potenzieller* Staatsfeind eingestuft wird.

Wenn Sie beispielsweise an Ihre verfassungsmäßigen Rechte glauben und diese ausüben (d. h. Ihr Recht, frei zu sprechen, frei zu beten, sich mit Gleichgesinnten zu treffen, die Ihre politischen Ansichten teilen, die Regierung zu kritisieren, eine Waffe zu besitzen, einen Durchsuchungsbefehl zu verlangen, bevor Sie befragt oder durchsucht werden, oder jede andere Aktivität, die als potenziell regierungsfeindlich, rassistisch, bigott, anarchisch oder souverän angesehen wird), könnten Sie ganz oben auf der Terrorismus-Beobachtungsliste der Regierung stehen.

Daher können wohlwollende Pläne in den richtigen (oder falschen) Händen leicht für böswillige Zwecke missbraucht werden, ganz gleich, wie gut gemeint diese Eingriffe in unsere Rechte von den Politikern dargestellt werden.

Selbst das wohlmeinendste Regierungsgesetz oder -programm kann – und wurde – pervertiert, korrumpiert und zur Förderung illegitimer Zwecke eingesetzt werden, sobald Profit und Macht ins Spiel kommen. So werden beispielsweise dieselben Massenüberwachungstechnologien, die angeblich so notwendig waren, um die Ausbreitung von COVID-19 zu bekämpfen, jetzt dazu verwendet, abweichende Meinungen zu unterdrücken, Aktivisten zu verfolgen, marginalisierte Gemeinschaften zu schikanieren und Gesundheitsinformationen von Menschen mit anderen Überwachungs- und Strafverfolgungsinstrumenten zu verknüpfen.

Wir bewegen uns schnell auf diesem schlüpfrigen Pfad hin zu einer autoritären Gesellschaft, in der

“suspicious” activity reports using automated eyes and ears, social media, behavior sensing software, and citizen spies to identify *potential* threats.

This is the same government that keeps re-upping the National Defense Authorization Act (NDAA), which allows the military to detain American citizens with no access to friends, family or the courts if the government believes them to be a threat.

This is the same government that has a growing list—shared with fusion centers and law enforcement agencies—of ideologies, behaviors, affiliations and other characteristics that could flag someone as suspicious and result in their being labeled *potential* enemies of the state.

For instance, if you believe in and exercise your rights under the Constitution (namely, your right to speak freely, worship freely, associate with like-minded individuals who share your political views, criticize the government, own a weapon, demand a warrant before being questioned or searched, or any other activity viewed as potentially anti-government, racist, bigoted, anarchic or sovereign), you could beat the top of the government's terrorism watch list.

Thus, no matter how well-meaning the politicians make these encroachments on our rights appear, in the right (or wrong) hands, benevolent plans can easily be put to malevolent purposes.

Even the most well-intentioned government law or program can be—and has been—perverted, corrupted and used to advance illegitimate purposes once profit and power are added to the equation. For instance, the very same mass surveillance technologies that were supposedly so necessary to fight the spread of COVID-19 are now being used to stifle dissent, persecute activists, harass marginalized communities, and link people's health information to other surveillance and law enforcement tools.

We are moving fast down that slippery slope to an authoritarian society in which the only opinions,

nur die von der Regierung und ihren Verbündeten in der Wirtschaft zugelassenen Meinungen, Ideen und Reden geäußert werden dürfen.

Die nächste Phase des Krieges der Regierung gegen regierungsfeindliche Reden und sogenannte Gedankenverbrechen könnte durchaus in Razzien im Bereich der psychischen Gesundheit und unfreiwilligen Inhaftierungen bestehen.

Unter dem Deckmantel der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit könnte die Regierung die psychische Gesundheitsfürsorge als Vorwand nutzen, um Dissidenten, Aktivisten und alle, die das Pech haben, auf eine Beobachtungsliste der Regierung gesetzt zu werden, ins Visier zu nehmen und einzusperren.

So fängt es an.

In Gemeinden im ganzen Land ist die Polizei bereits befugt, Personen, die ihrer Meinung nach psychisch krank sein könnten, allein aufgrund ihres eigenen Urteils gewaltsam festzunehmen, selbst wenn diese Personen keine Gefahr für andere darstellen.

In New York City beispielsweise könnten Sie wegen des Verdachts auf psychische Erkrankungen zwangsweise in ein Krankenhaus eingewiesen werden, wenn Sie „festgefügte Überzeugungen haben, die nicht mit kulturellen Vorstellungen übereinstimmen“, eine „Bereitschaft zu einer sinnvollen Diskussion“ zeigen, „*übermäßige Ängste vor bestimmten Reizen*“ haben oder „*freiwillige Behandlungsempfehlungen*“ ablehnen.

Diese Programme zielen zwar vordergründig darauf ab, Obdachlose von der Straße zu holen, doch in Kombination mit Fortschritten in der Massenüberwachungstechnologie, Programmen, die auf künstlicher Intelligenz basieren und Menschen anhand ihrer biometrischen Daten und ihres Verhaltens verfolgen können, Sensordaten zur psychischen Gesundheit (die von tragbaren Geräten erfasst und von Regierungsbehörden wie HARPA überwacht werden), Bedrohungsanalysen, Verhaltenserkennungswarnungen, Initiativen zur Verbrechensprävention, Waffengesetze mit Warnhinweisen und Erste-Hilfe-Programme für psychische Gesundheit, die darauf abzielen, Gatekeeper darin zu schulen, Personen zu identifizieren, die eine Gefahr für die öffentliche

ideas and speech expressed are the ones permitted by the government and its corporate cohorts.

The next phase of the government's war on anti-government speech and so-called thought crimes could well be mental health round-ups and involuntary detentions.

Under the guise of public health and safety, the government could use mental health care as a pretext for targeting and locking up dissidents, activists and anyone unfortunate enough to be placed on a government watch list.

This is how it begins

In communities across the nation, police are already being empowered to forcibly detain individuals they believe might be mentally ill, based solely on their own judgement, even if those individuals pose no danger to others.

In New York City, for example, you could find yourself forcibly hospitalized for suspected mental illness if you carry **firmly held beliefs not congruent with cultural ideas*“, exhibit a *“willingness to engage in meaningful discussion,”* have *“excessive fears of specific stimuli,”* or refuse *“voluntary treatment recommendations.”*

While these programs are ostensibly aimed at getting the homeless off the streets, when combined with advances in mass surveillance technologies, artificial intelligence-powered programs that can track people by their biometrics and behavior, mental health sensor data (tracked by wearable data and monitored by government agencies such as HARPA), threat assessments, behavioral sensing warnings, precrime initiatives, red flag gun laws, and mental health first-aid programs aimed at training gatekeepers to identify who might pose a threat to public safety, they could well signal a tipping point in the government's efforts to penalize those engaging in so-called “thought crimes.”

Sicherheit darstellen könnten, könnten durchaus einen Wendepunkt in den Bemühungen der Regierung darstellen, diejenigen zu bestrafen, die sich sogenannter „Gedankenverbrechen“ schuldig machen.

Wie die Associated Press berichtet, prüfen Bundesbeamte bereits, wie sie „identifizierbare Patientendaten, wie Informationen zur psychischen Gesundheit, zum Substanzkonsum und zum Verhalten in Wohngruppen, Notunterkünften, Gefängnissen, Entzugseinrichtungen und Schulen“ in ihr Überwachungsinstrumentarium aufnehmen können.

Täuschen Sie sich nicht: Dies sind die Bausteine für einen amerikanischen Gulag, der nicht weniger unheimlich ist als die Gulags der Sowjetunion in der Zeit des Kalten Krieges.

Das Wort „Gulag“ bezieht sich auf ein Arbeits- oder Konzentrationslager, in dem Gefangene (oftmals politische Gefangene oder sogenannte „Staatsfeinde“, echte oder eingebildete) als Strafe für ihre Verbrechen gegen den Staat inhaftiert wurden.

Laut der Historikerin Anne Applebaum wurde der Gulag als eine Form des „administrativen Exils – das kein Gerichtsverfahren und keine Verurteilung erforderte – nicht nur als ideale Bestrafung für Unruhestifter an sich, sondern auch für politische Gegner des Regimes eingesetzt.“

Diese uralte Praxis, mit der despotische Regime ihre Kritiker oder potenziellen Gegner beseitigen, indem sie sie verschwinden lassen – oder zur Flucht zwingen – oder sie buchstäblich, im übertragenen Sinne oder virtuell von ihren Mitbürgern verbannen, kommt in Amerika immer häufiger vor.

Durch den Einsatz von Gesetzen zur Überwachung von Personen, die als Gefahr gelten, Verhaltensbedrohungsanalysen und Präventionsprogrammen für die Polizeiarbeit vor der Straftat wird nun der Grundstein dafür gelegt, dass die Regierung das Etikett der psychischen Erkrankung als Waffe einsetzen kann, um jene Whistleblower, Dissidenten und Freiheitskämpfer ins Exil zu schicken, die sich weigern, im Gleichschritt mit ihren Diktaten zu marschieren.

Jeder Staat hat seine eigenen Gesetze über zivilrechtliche oder unfreiwillige Verpflichtungen. Diese Gesetze sind Erweiterungen von zwei Rechtsgrundsätzen: *parens patriae* (lateinisch für „Eltern des Landes“), der es der Regierung erlaubt,

As the Associated Press reports, federal officials are already looking into how to add „identifiable patient data“, such as mental health, substance use and behavioral health information from group homes, shelters, jails, detox facilities and schools,” to its surveillance toolkit.

Make no mistake: these are the building blocks for an American gulag no less sinister than that of the gulags of the Cold War-era Soviet Union.

The word “gulag” refers to a labor or concentration camp where prisoners (oftentimes political prisoners or so-called “enemies of the state,” real or imagined) were imprisoned as punishment for their crimes against the state.

The gulag, according to historian Anne Applebaum, used as a form of “administrative exile—which required no trial and no sentencing procedure—was an ideal punishment not only for troublemakers as such, but also for political opponents of the regime.”

This age-old practice by which despotic regimes eliminate their critics or potential adversaries by making them disappear—or forcing them to flee—or exiling them literally or figuratively or virtually from their fellow citizens—is happening with increasing frequency in America.

Now, through the use of red flag laws, behavioral threat assessments, and pre-crime policing prevention program, the groundwork is being laid that would allow the government to weaponize the label of mental illness as a means of exiling those whistleblowers, dissidents and freedom fighters who refuse to march in lockstep with its dictates.

Each state has its own set of civil, or involuntary, commitment laws. These laws are extensions of two legal principles: „*parens patriae*“ (Latin for “parents of the country”), which allows the government to intervene on behalf of citizens who cannot act in

im Namen von Bürgern einzugreifen, die nicht in ihrem eigenen Interesse handeln können, und Polizeigewalt, die einen Staat verpflichtet, die Interessen seiner Bürger zu schützen.

Die Verschmelzung dieser beiden Prinzipien, gepaart mit einer Verlagerung hin zu einem Gefährlichkeitsstandard, hat zu einer Nanny-State-Mentalität geführt, die mit der militanten Gewalt des Polizeistaats durchgesetzt wird.

Das Problem ist natürlich, dass die Diagnose einer psychischen Erkrankung, die für einige Amerikaner zwar ein berechtigtes Anliegen ist, im Laufe der Zeit zu einem bequemen Mittel geworden ist, mit dem die Regierung und ihre Partnerunternehmen bestimmte „inakzeptable“ soziale Verhaltensweisen bestrafen können.

Tatsächlich haben wir in den letzten Jahren erlebt, wie Menschen, die sich Autorität widersetzen, als an einer oppositionellen Trotzstörung (ODD) leidend pathologisiert wurden, definiert als „ein Muster ungehorsamen, feindseligen und trotzigem Verhaltens gegenüber Autoritätspersonen“.

Nach dieser Definition könnte jeder namhafte Aktivist unserer Geschichte – von Mahatma Gandhi über Martin Luther King Jr. bis hin zu John Lennon – als an einer ODD-psychischen Störung leidend eingestuft werden.

Natürlich ist dies alles Teil eines größeren Trends in der amerikanischen Regierungsführung, bei dem Dissens kriminalisiert und pathologisiert wird und Andersdenkende zensiert, zum Schweigen gebracht, für gesellschaftsunfähig erklärt, als gefährlich oder extremistisch abgestempelt oder zu Ausgestoßenen und Verbannten gemacht werden.

Wie ich in meinem Buch „*Battlefield America: The War on the American People*“ und in seinem fiktiven Gegenstück „*The Erik Blair Diaries*“ deutlich mache, ist dies die Art und Weise, wie man eine Bevölkerung unterwirft.

Das darauf folgende Schweigen angesichts der von der Regierung geförderten Tyrannei, des Terrors, der Brutalität und der Ungerechtigkeit ist ohrenbetäubend.

their own best interest, and police power, which requires a state to protect the interests of its citizens.

The fusion of these two principles, coupled with a shift towards a dangerousness standard, has resulted in a Nanny State mindset carried out with the militant force of the Police State.

The problem, of course, is that the diagnosis of mental illness, while a legitimate concern for some Americans, has over time become a convenient means by which the government and its corporate partners can penalize certain “unacceptable” social behaviors.

In fact, in recent years, we have witnessed the pathologizing of individuals who resist authority as suffering from oppositional defiant disorder (ODD), defined as “a pattern of disobedient, hostile, and defiant behavior toward authority figures.”

Under such a definition, every activist of note throughout our history—from Mahatma Gandhi to Martin Luther King Jr. to John Lennon—could be classified as suffering from an ODD mental disorder.

Of course, this is all part of a larger trend in American governance whereby dissent is criminalized and pathologized, and dissenters are censored, silenced, declared unfit for society, labelled dangerous or extremist, or turned into outcasts and exiled.

As I make clear in my book „*Battlefield America: The War on the American People*“ and in its fictional counterpart „*The Erik Blair Diaries*“ this is how you subdue a populace.

The ensuing silence in the face of government-sponsored tyranny, terror, brutality and injustice is deafening.